

# Kommunale Konflikt- bewältigung

*Bürgermeister/-innen und Landrät/-innen im Dialog*

**Digitale Lunch Meetings**



Im Rahmen von:

 **KOMMKON**  
Kommunale  
Konfliktbewältigung



## Editorial

Kommunalpolitische Amts- und Mandatsträger/-innen sind in der Ausübung ihrer Tätigkeit zunehmend mit besonderen Herausforderungen und Belastungen konfrontiert. Drohungen, Hassmails und Angriffe gehören laut der im April 2022 veröffentlichten repräsentativen „Brandenburgischen Kommunalstudie“ für jede/n dritte/n Amts- und Mandatsträger/in zum Alltag des Amtes.<sup>1</sup>

Die Ergebnisse machen darüber hinaus deutlich: Besonders häufig wird zum Ziel von Angriffen, wer sich inhaltlich klar für oder gegen bestimmte kommunalpolitische Themen positioniert, zum Beispiel die lokale Nutzung von Windenergie, den Kohleausstieg oder die Errichtung von Unterkünften für Geflüchtete vor Ort.

Die zunehmenden Belastungen kommunalpolitischer Amts- und Mandatsträger/-innen sind mit der Gefahr verbunden, dass die Bereitschaft zur Übernahme lokalpolitischer Ämter und Aufgaben sowie demokratischer Beteiligung vor Ort sinkt, was letztlich die lokale Demokratie unterhöhlt. Angebote zur Netzwerkbildung und zur gegenseitigen Unterstützung, die das solidarische Miteinander stärken können, werden insbesondere in ländlichen Räumen deshalb immer wichtiger.

Die Lunch Meetings, vorbereitet im Rahmen des Kooperationsprojekts KommKon und unterstützt durch das brandenburgische Ministerium des Innern und für Kommunales thematisieren unterschiedliche Aspekte und greifen Bedarfe rund um die kommunale Konfliktbewältigung auf, die von kommunalen Amts- und Mandatsträger/-innen bereits benannt wurden. Ziel ist es, den Austausch zum Umgang mit Hetze, Bedrohungen und kommunalen Konflikten zwischen kommunalen Verantwortungs-tragenden anzuregen, bestehende Hilfsangebote sichtbar zu machen und den Teilnehmenden die Möglichkeit zur Vernetzung zu geben.

Die fachlichen Partner der einzelnen Veranstaltungen verfügen im jeweiligen Themengebiet über umfangreiche und langjährige Erfahrungen - auch in der Zusammenarbeit und Beratung von Kommunen.

Die Veranstaltungsreihe richtet sich an kommunale Amts- und Mandatsträger/-innen sowie Verwaltungsmitarbeitende in Schlüsselpositionen in Brandenburg

1: Kommunalstudie Brandenburg, veröffentlicht am 03.04.2022

<https://mik.brandenburg.de/mik/de/innere-sicherheit/verfassungsschutz/informationen/publikationen/kommunalstudie/>

## Programm

### **Umgang mit demokratiefeindlichen Protestgeschehen in meiner Kommune**

Mobiles Beratungsteam Potsdam  
Termin: 26. April 2022, 13:00–14:00

### **Umgang mit digitaler Bedrohung Hass und Hetze für Bürgermeister/-innen und Landrät/-innen**

Hate Aid gGmbH und Ichbinhier e.V.  
Termin: 10. Mai 2022, 13:00–15:30

### **Umgang mit aktuellen Verschwörungserzählungen und Reichsbürgerideologie**

Mobiles Beratungsteam Potsdam und Mitmensch  
Termin: 31. Mai 2022, 13:00–14:00

### **Möglichkeiten der Prävention und Intervention in kommunalen Konfliktsituationen**

Demos Gemeinwesensberatung Brandenburg  
und Kompetenzzentrum Salzwedel  
Termin: 21. Juni 2022, 13:00–14:30

### **Diskussions- und Dialogkultur in kommunalpolitischen Gremien**

Termin: 12. Juli 2022, 13:00–14:00

## Veranstaltung

### Umgang mit demokratiefeindlichen Protestgeschehen in meiner Kommune

Mit Beginn der Corona-Pandemie kam es vielerorts zu Protesten gegen die Eindämmungsverordnung, die ihren Höhepunkt im Januar dieses Jahres erreichten und sich mittlerweile auch mit anderen gesellschaftlichen Themen vermischen. Kommunen und Mandatsträger/-innen sehen sich der Herausforderung gegenüber, den in Teilen demokratiefeindlichen Protesten zu begegnen. Das Mobile Beratungsteam berät seit über 20 Jahren Kommunen, Mandatsträger/-innen und Zivilgesellschaft im Umgang mit demokratiefeindlichen Tendenzen und Rechtsextremismus. Nach einem kurzen Impuls zur Arbeit des Mobilen Beratungsteams und zur derzeitigen Situation möchten wir gerne mit Ihnen dazu ins Gespräch kommen.

## Programm

Dienstag, 26. April 2022

---

ab 12.45 Uhr	Ankommen
-----------------	----------

---

13.00– 13.10 Uhr	<b>Begrüßung</b> <b>Sara Schmidt</b> , Fachbereich „Politische Bildung im ländlichen Raum“; Bundeszentrale für politische Bildung <b>N.N.</b> , Mobiles Beratungsteam Potsdam
---------------------	--

---

13.10– 13.30 Uhr	<b>Impuls</b> Protestgeschehen in Brandenburg MBT Potsdam
---------------------	---

---

13.30– 13.50 Uhr	<b>Fachaustausch</b> Sammlung und Erörterung bestehender Handlungsansätze im Umgang mit Desinformation und Verschwörungserzählungen
---------------------	--

---

13.50– 14.00 Uhr	<b>Klärung offener Fragestellungen und Abschluss</b>
---------------------	--

---

14.00 Uhr	<b>Ende</b>
-----------	-------------

---



## Anmeldung

Bitte melden Sie sich bis zum 25.04.22 unter:  
sara.schmidt@bpb.de für die Veranstaltungen an.

Für organisatorische und technische Fragen bezüglich Ihrer Teilnahme wenden Sie sich bitte an sara.schmidt@bpb.de



## Veranstaltung

### Umgang mit digitaler Bedrohung Hass und Hetze für Bürgermeister/-innen und Landrät/-innen

In den sozialen Medien werden Menschen, die kommunalpolitische Verantwortung übernehmen, immer öfter zur Zielscheibe von Hetze und Hass.

Diese Angriffe sind meist nicht persönliche Anfeindungen oder Einzelfälle, sondern Teil von Hasskampagnen, die politische Debatten beeinflussen wollen. Auslöser können die aktuellen Maßnahmen zur Corona Pandemie sein, Öffnungszeiten des Freibads im Ort oder die gesamtdeutsche Asylpolitik. Ebenso unterschiedlich können auch die Täter/-innen sein. In aktuellen Umfragen geben über 50% der Kommunalpolitiker/-innen an, schon von digitaler Gewalt (Bedrohungen, Hetze, Anfeindungen) betroffen gewesen zu sein. Besonders auf kommunaler Ebene besteht die Gefahr, dass digitale Gewalt in analoge Gewalt übergeht.

Die Veranstaltung, fachlich vorbereitet von der Hate Aid gGMB und ichbinhier e.V., stärkt Sie, als kommunalpolitische Amts- und Mandatsträger/-innen, für den Umgang mit digitaler Hetze im Rahmen Ihrer politischen Arbeit.

Das Team von Hate Aid und Ichbinhier profitiert dabei von langjähriger Erfahrung in der (juristischen) Beratung und Unterstützung von Kommunalpolitiker/-innen und vermittelt Ihnen Kenntnisse hinsichtlich Selbstschutzstrategien, Moderations-Handwerk, Strategien für die Kommunikation in Sozialen Netzwerken und zur praktischen Unterstützung im Ernstfall. Die Veranstaltung richtet sich an Bürgermeister/-innen in Brandenburg.

## Programm

Dienstag, 10. Mai 2022

---

ab	Ankommen
12.45 Uhr	
<hr/>	
13.00 –	<b>Begrüßung</b>
13.15 Uhr	<b>Sara Schmidt</b> , Fachbereich „Politische Bildung im ländlichen Raum“; Bundeszentrale für politische Bildung <b>Stefanie Zacharias</b> , Hate Aid gGmbH <b>Johanna Polsfuß</b> , ich bin hier e.V.
<hr/>	
13.15 –	<b>Übung und Impuls</b>
14.00 Uhr	Moderation und Gegenrede im Netz
<hr/>	
14.00 –	<b>Impuls</b>
14.45 Uhr	Strafverfolgung, Meldewege und IT Sicherheit
<hr/>	
14.45 –	<b>Moderierter Fachaustausch und Impuls</b>
15.00 Uhr	Unterstützungs- und Beratungsangebote, Vernetzung
<hr/>	
15.00 –	<b>Q&amp;A</b>
15.30 Uhr	
<hr/>	
15.30 Uhr	<b>Ende</b>

## Anmeldung

Bitte melden Sie sich bis zum 09.05.22 unter:  
sara.schmidt@bpb.de für die Veranstaltungen an.

Für organisatorische und technische Fragen bezüglich Ihrer Teilnahme wenden Sie sich bitte an sara.schmidt@bpb.de



## Veranstaltung

### Umgang mit aktuellen Verschwörungserzählungen und Reichsbürgerideologie

Verschwörungserzählungen sind kein neues Phänomen, vielmehr finden sich in den aktuellen Darstellungen teilweise Jahrhunderte alte Motive wieder. Gerade in Zeiten von Unsicherheit können Verschwörungserzählungen Sicherheit und vermeintliche Antworten auf komplexe Problemlagen bieten. Auch die Szene der sogenannten Reichsbürger hat in den letzten zwei Jahren wieder an Relevanz gewonnen und es geschafft ihre absurden Theorien an gesellschaftliche Diskurse anzudocken. Seit September 2021 unterstützt die Beratungsstelle „MITMENSCH“ in ganz Brandenburg Personen die mit Verschwörungsdenken konfrontiert sind. Nach zwei kurzen Inputs zu den genannten Themen möchten wir mit Ihnen in einen Austausch kommen.

## Programm

Dienstag, 31. Mai 2022

---

ab	Ankommen
12.45 Uhr	
<hr/>	
13.00–	<b>Begrüßung</b>
13.10 Uhr	<b>Sara Schmidt</b> , Fachbereich „Politische Bildung im ländlichen Raum“; Bundeszentrale für politische Bildung <b>N.N.</b> , Mobiles Beratungsteam Potsdam
<hr/>	
13.10–	<b>Impuls</b>
13.30 Uhr	Einführung in Funktionsweisen von Verschwörungserzählungen Beratungsstelle MITMENSCH, MBT Potsdam
<hr/>	
13.30–	<b>Diskussion</b>
13.50 Uhr	Umgang mit Verschwörungserzählungen und Reichsbürgern vor Ort Beratungsstelle MITMENSCH, MBT Potsdam
<hr/>	
13.50–	<b>Klärung offener Fragestellungen und Verabredungen</b>
14.00 Uhr	
<hr/>	
14.00 Uhr	<b>Ende</b>



## Anmeldung

Bitte melden Sie sich bis zum 30.05.22 unter:  
sara.schmidt@bpb.de für die Veranstaltungen an.

Für organisatorische und technische Fragen bezüglich Ihrer Teilnahme wenden Sie sich bitte an sara.schmidt@bpb.de

## Veranstaltung

### Perspektivwechsel im Umgang mit kommunalen Konflikten als Chance

Wenn der Wind weht, bauen die einen Mauern, die anderen Mühlen (chin. Sprichwort). Missverständnisse in der Kommunikation mit den Bürger/-innen, Streitigkeiten im öffentlichen Raum, Herausforderungen im Umgang mit Vielfalt in Schule und KiTa sind Probleme, die sicher vielen von Ihnen vertraut sind. Konflikte im kommunalen Kontext können zur Gefahr werden, wenn man sie nicht bearbeitet, aber beinhalten genauso gut eine Chance auf Veränderung und Weiterentwicklung. Welche Rolle dabei Ressourcen vor Ort und marginalisierte Gruppen spielen können, darum geht es in der Arbeit der Lokalen Konfliktbearbeitung von Demos und der Konfliktberatung Salzwedel. Nach zwei kurzen Inputs zu den genannten Themen möchten wir mit Ihnen in den Austausch kommen.

## Programm

Dienstag, 21. Juni 2022

---

ab 12.45 Uhr	Ankommen
13.00 – 13.10 Uhr	<b>Begrüßung</b> <b>Sara Schmidt</b> , Fachbereich „Politische Bildung im ländlichen Raum“; Bundeszentrale für politische Bildung <b>N.N.</b> , Lokale Konfliktbearbeitung Demos
13.10 – 13.30 Uhr	<b>Impuls</b> Vorstellung des Konzepts der lokalen Konfliktbearbeitung <b>Mouhammad Ebrahim, Petra Welzel</b> , Lokale Konfliktbearbeitung (LKB), Demos
13.30 – 13.50 Uhr	<b>Impuls</b> Fallbezogene Vorstellung des Konzepts der kommunalen Konfliktbearbeitung <b>N.N.</b> , Kompetenzzentrum Salzwedel
14.00 – 14.30 Uhr	<b>Diskussion</b> Umgang mit Konflikten in meiner Kommune
14.30 Uhr	<b>Q&amp;A</b>

---



## Anmeldung

Bitte melden Sie sich bis zum 20.06.22 unter:  
sara.schmidt@bpb.de für die Veranstaltungen an.

Für organisatorische und technische Fragen bezüglich Ihrer Teilnahme wenden Sie sich bitte an sara.schmidt@bpb.de



## Veranstaltung

### Diskussions- und Dialogkultur in kommunalpolitischen Gremien

Die Kommunalstudie Brandenburg sowie bundesweite Umfragen machen deutlich, dass es zu einer spürbaren Verrohung des Diskurses in kommunalpolitischen Gremien in brandenburgischen Gemeinden und Städten gekommen ist. Besonders aufmerken lässt, dass fast 44% der von Beleidigungen und Drohungen betroffenen Amts- und Mandatsträger/-innen die Täterschaft im Regelfall im kommunalpolitischen Raum selbst verorten, also bei den Angehörigen der eigenen oder einer anderen Fraktion oder Partei.<sup>2</sup> Dieser Befund macht deutlich, dass es bei dem Phänomen „Angriffe gegen kommunale Amts- und Mandatspersonen“ auch um die Herausforderung einer aus der Form gelaufene Konflikt-austragung zwischen Kommunalpolitiker/-innen geht.

Doch wie gelingt es durch die eigene Haltung einen Umgang mit Kontroversen und Konflikten zu finden? Wie kann mit Herausforderungen effizient umgegangen werden und welche Möglichkeiten gibt es im Umgang mit Konfliktsituationen in kommunalpolitischen Gremien?

Gerne möchten wir mit Ihnen gemeinsam auf dieses Problemfeld schauen und bieten bei Bedarf auch konkrete Fallberatungen an.

2: Kommunalstudie Brandenburg, veröffentlicht am 03.04.2022  
<https://mik.brandenburg.de/mik/de/innere-sicherheit/verfassungsschutz/informationen/publikationen/kommunalstudie/>

## Programm

Dienstag, 12. Juli 2022

---

ab 12.45 Uhr	Ankommen
13.00 – 13.10 Uhr	<b>Begrüßung</b> <b>Sara Schmidt</b> , Fachbereich „Politische Bildung im ländlichen Raum“; Bundeszentrale für politische Bildung <b>Laura Schenderlein</b> , Mobiles Beratungsteam Potsdam
13.10 – 13.30 Uhr	<b>Impuls</b> Debattenkultur in kommunalpolitischen Gremien: Problembeschreibung und erste Handlungsansätze
13.30 – 13.50 Uhr	<b>Diskussion</b> Was braucht es, um aufgeheizten Kontroversen in kommunalpolitischen Gremien zu begegnen?
14.00 Uhr	<b>Ende</b>

---



## Anmeldung

Bitte melden Sie sich bis zum 11.07.22 unter:  
sara.schmidt@bpb.de für die Veranstaltungen an.

Für organisatorische und technische Fragen bezüglich Ihrer Teilnahme wenden Sie sich bitte an sara.schmidt@bpb.de

## Aus der Praxis

### KommKon – Ein Kooperationsprojekt der BpB, des DLT und des DStGB

Im Rahmen des Kooperationsprojekts zwischen dem Deutschen Landkreistag, dem Deutschen Städte- und Gemeindebund und der Bundeszentrale für politische Bildung werden Angebote geschaffen, die den Austausch zum Umgang mit Beleidigungen, Bedrohungen und Konflikten zwischen kommunal Verantwortungstragenden ermöglichen, bestehende Hilfsangebote sichtbar machen und die Möglichkeit zur Vernetzung geben. Dazu finden in vier Bundesländern (Sachsen, Schleswig-Holstein, Hessen und Brandenburg) zunächst Dialogveranstaltungen auf Landesebene statt. Darauf aufbauend werden in jeweils zwei ausgewählten Modelllandkreisen gemeinsam mit interessierten Akteur/-innen konkrete Bedarfe mit Weiterbildungs- und Beratungsangeboten bearbeitet. Dabei vernetzen sich Verantwortliche in den Kommunen auch mit den vorhandenen Strukturen der Intervention und Beratung sowie Akteuren der lokalen Zivilgesellschaft. Dies ermöglicht langfristig einen niedrigschwelligen Austausch zu ähnlich gelagerten Herausforderungen in den Gemeinden. Bei der Umsetzung werden lokale Expertisen und Ressourcen berücksichtigt.

### Brandenburgische Kommunalstudie

Jede/r dritte kommunale Amts- und Mandatsträger/-in hat zwischen 2014 und 2021 mindestens einmal Beleidigung, Bedrohung, Sachbeschädigung oder körperliche Gewalt erlebt. Zu diesem Ergebnis kommt die vom Brandenburgischen Ministerium des Innern und für Kommunales in Auftrag gegebene repräsentative [Studie](#). Die Untersuchung liefert belastbare Belege für das Ausmaß von Hetze, Drohungen und Gewalt gegen Amts- oder Mandatspersonen im Land Brandenburg. Erfasst wurde der Zeitraum 2014 bis 2021. Die Studie zeigt Entwicklungen der Verrohung in unserer politischen Kultur. Hochgerechnet auf den untersuchten Zeitraum wurden im Land Brandenburg etwa 2.500 kommunale Amts- oder Mandatspersonen Opfer von Hass, Hetze und Gewalt. Frauen werden demnach häufiger und vor allem in einer üblen Art und Weise bedroht und angegriffen. Die Studie soll nun als Grundlage für einen breit angelegten gesellschaftlichen Dialog genutzt werden. Als eine der ersten konkreten Maßnahmen sollen die kommunalen Bildungsträger Brandenburgs Seminare zum Umgang, zur Prävention und zur Resilienz gegen Einschüchterung, Hass sowie Gewalt für kommunale Amts- und Mandatsträger/-innen umsetzen. Außerdem werden der Verfassungsschutz Brandenburg und seine Kooperationspartner sich im Rahmen der praxisorientierten „Oranienburger Reihe“ auf vier regionalen Veranstaltungen mit den Studienergebnissen und möglichen Gegenstrategien im kommunalen Raum auseinandersetzen.

### Angebote des DStGB und des DLT zum Umgang mit Hass und Bedrohungen im Amt

Der Deutsche Städte- und Gemeindebund (DStGB) und der Deutsche Landkreistag (DLT) setzen sich bereits seit langem für den besseren Schutz von Kommunalpolitiker/-innen vor Hass und Bedrohungen und Angriffen ein. Mit einem [Positionspapier](#) hat sich der DStGB bereits frühzeitig zu der Thematik positioniert. Mittlerweile kann durch mehrere repräsentative Umfragen der Zeitschrift „Kommunal“, der Körber-Stiftung und dem Meinungsforschungsinstitut Forsa die derzeitige Situation und Entwicklung der Hasskriminalität gegenüber Kommunalpolitiker/-innen anhand von Daten belegt werden. Der DStGB, DLT und der Deutsche Städtetag bereiten zudem aktuell mit dem Bundeskriminalamt ein kommunalpolitisches Monitoring vor, mit dem eine valide Datenbasis geschaffen werden soll, um die aktuelle Situation sowie die Entwicklung in den kommenden Jahren von Hass und Bedrohungen auf kommunaler Ebene erfassen und konkrete Unterstützungsangebote und Maßnahmen schaffen zu können. Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier hat sich dem Thema persönlich angenommen und in mittlerweile drei Veranstaltungen mit Kommunalpolitiker/-innen unter Beteiligung des Deutschen Städte- und Gemeindebundes ausgetauscht. Unter der Schirmherrschaft des Bundespräsidenten wurde in Kooperation mit der Körber Stiftung mit den Kommunalen Spitzenverbänden das digitale Portal „[Stark im Amt](#)“ entwickelt, das als zentrale Anlaufstelle, die Volksvertreter/-innen auf kommunaler Ebene mit Informationen und Orientierung im Themenfeld versorgt. Der Deutsche Städte- und Gemeindebund hat gemeinsam mit dem Deutschen Landkreistag, dem Deutschen Städtetag und dem Nationalen Zentrum für Kriminalprävention eine [Broschüre](#) mit wichtigen Hinweisen zum Umgang mit Bedrohungen und Hass für Kommunalpolitiker/-innen erarbeitet und veröffentlicht.



## Anmeldung

Bitte melden Sie sich unter [sara.schmidt@bpb.de](mailto:sara.schmidt@bpb.de) für die Veranstaltungen an. Für organisatorische und technische Fragen bezüglich Ihrer Teilnahme wenden Sie sich bitte an [sara.schmidt@bpb.de](mailto:sara.schmidt@bpb.de).

Nach Eingang Ihrer Anmeldung erhalten Sie zeitnah eine Bestätigung und die Zugangsdaten für die digitale Teilnahme. Die Veranstaltungen werden auf der Plattform Zoom stattfinden.

Wir weisen darauf hin, dass die Teilnehmer/-innen der digitalen Veranstaltung die Onlinedienste in eigener Verantwortung nutzen. Wir machen auch darauf aufmerksam, dass der Anbieter die Daten seiner Nutzenden entsprechend seiner Datenschutzrichtlinien abspeichert. Die bpb hat keinen Einfluss auf Art und Umfang der durch den Anbieter erarbeiteten Daten, die Art der Verarbeitung und Nutzung oder die Weitergabe dieser Daten an Dritte. Selbst bei Vorliegen einer Auftragsverarbeitung im Sinne des Art. 28 DSGVO hat die bpb keine abschließende Kontrollmöglichkeit. Für die detaillierte Darstellung der Verarbeitungsformen verweisen wir auf die Datenschutzerklärung und Angaben des Anbieters: <https://zoom.us/de-de/privacy.html>

Noch mehr Informationen zum Datenschutz bei der bpb erhalten Sie hier: <https://www.bpb.de/datenschutz>

Die Veranstaltungen sind kostenfrei.

## Für

Kommunale Amts- und Mandatsträger/-innen, Verwaltungsmitarbeitende in Schlüsselfunktionen in Brandenburg

## Kontakt

Bundeszentrale für politische Bildung  
Sara Schmidt ([sara.schmidt@bpb.bund.de](mailto:sara.schmidt@bpb.bund.de))  
[www.bpb.de](http://www.bpb.de)

Mobiles Beratungsteam Potsdam  
Laura Schenderlein  
Nico Scuteri  
Leonie Haß  
([mbt-potsdam@big-demos.de](mailto:mbt-potsdam@big-demos.de))

Eine Veranstaltung im Rahmen von:



Mit fachlicher Unterstützung durch

